

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Bau-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss am 07.10.2025

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366 Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:07 Uhr Ende der Sitzung: 19:19 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 02.09.2025
- 6 Informationen der Verwaltung
- 6.1 Baubericht: Aktueller Stand Roitzsch
- 6.2 Aktueller Stand Gnadenhof
- 6.3 Aktueller Stand Fischmarkt
- 7 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 8 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 8.1 Zustimmung zum Preisblatt für die Abfallentsorgungsentgelte der An- BV/0181/2025 halt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH ab dem 01.01.2026, Referentin: Frau Pletschke, Geschäftsführerin Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke
- 9 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, **Herr Olenicak**, eröffnet die 11. Sitzung des Bau-, Wirtschaft-, Verkehr-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschusses um 18:07 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, den Landrat, Herrn Grabner, die Mitarbeiter der Verwaltung, die sachkundigen Einwohner sowie die Gäste.

Der Vorsitzende stellt fest, dass wir mit 5 Ausschussmitgliedern beschlussfähig sind.

11. Sitzung des Bau-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss vom 07.10.2025 Seite 1 von 6

<u>Punkt 2.</u> Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Der Vorsitzende stellt mit 5 Ja-Stimmen einstimmig eine ordnungsgemäße Ladung fest.

<u>Punkt 3.</u> Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist mit 5 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

<u>Punkt 5.</u> Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 02.09.2025

Mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird die Niederschrift einstimmig angenommen.

Punkt 6. Informationen der Verwaltung

Herr Audörsch, Fachbereichsleiter Bau, wollte über das Tariftreue- und Vergabegesetz informieren. Ein Blick auf die Internetseite des Landes verweist darauf, dass es ab 01.11. in Kraft tritt.

18.10 Uhr erscheinen Herr Wolkenhaar und Herr Maaß zur Sitzung

Punkt 6.1. Baubericht: Aktueller Stand Roitzsch

Frau Moritz, Fachdienstleiterin Hochbau, informiert. Die Präsentation befindet sich im Anhang.

Herr Maaß fragt, was mit der Decke passiert war.

Frau Moritz antwortet, dass die Decke feucht geworden ist. Es war eine Ziegeldecke, eine Ackermanndecke und diese musste ertüchtigt werden.

Herr Wolkenhaar hatte die gleiche Frage und ist nun somit beantwortet.

Der **Vorsitzende** fast zusammen, dass die Heizung bis zum Schulstart nach den Ferien in Ordnung ist. Bis auf die Umkleideräume, welche dann im nächsten Jahr fertig werden.

Die Umkleideräume werden im kommenden Februar fertig sagt **Frau Moritz**, aber dafür gibt es die Interimslösung mit den Containern auf dem Hof. Der Schulbetrieb ist nach den Herbstferien gegeben.

Punkt 6.2. Aktueller Stand Gnadenhof

Herr Audörsch teilt mit, dass das Verfahren im Bauvorbescheid immer noch läuft und es darum geht, was baugenehmigungsfähig ist. Einzelheiten kann er dazu im öffentlichen Teil nicht mitteilen. Was jetzt ein Problem darstellt, darüber würde er im nicht öffentlichen Teil berichten.

Der **Vorsitzende** bedankt sich und sichert zu, über den fortlaufenden Stand zu berichten. **Herr Lichte** lässt sich nochmals bestätigen, dass im nicht öffentlichen Teil weiter darüber informiert wird.

Dies bestätig Herr Audörsch.

Punkt 6.3. Aktueller Stand Fischmarkt

Herr Audörsch berichtet, dass der Verkauf des Objektes gescheitert ist. Aus Gründen die nur der beabsichtigte Käufer zu vertreten hat. Der endgültige Grund für diese Entscheidung ist uns nicht bekannt.

Das Grundstücksangebot haben wir erneut veröffentlicht. Es gibt bereits Interessenten und bis 30.11.2025 rechnen wir mit einigen Angeboten und wir werden versuchen den Verkauf erneut zu tätigen.

Herr Wallwitz sagt, dass 3 Bieter zur Auswahl standen. Der zweite Bieter hat den Zuschlag nicht bekommen. Was erwartet der Landkreis?

Herr Audörsch hat die Frage nicht verstanden. Deshalb antwortet Herr Grabner, dass wiederum an den Meistbietenden vergeben wird, nach Beschluss den der Kreistag vergeben hat.

Herr Wallwitz bezieht sich nochmals auf den Zweitbieter.

Dies verneint der **Herr Landrat**, da wir dafür keine Freigabe haben. Er betont nochmals, dass es einen Beschluss gibt an den wir gebunden sind. Es gibt wohl wieder interessierte Bieter.

Herr Tischmeier bestätigt, dass das laut Vergaberecht gar nicht anders möglich ist. Er fragt, ob er das richtig vernommen hat, dass der Landkreis gar nichts damit zu tun hat, dass der Verkauf nicht zustande gekommen ist?

Dies bestätigt Herr Grabner.

Punkt 7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Es liegen keine amtlichen Mitteilungen vor.

<u>Punkt 8.</u> Behandlung öffentlicher Vorlagen

Punkt 8.1. Zustimmung zum Preisblatt für die Abfallentsorgungsentgelte der An-

halt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH ab dem 01.01.2026, Referentin: Frau

Pletschke, Geschäftsführerin Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke

Vorlage: BV/0181/2025

Frau Pletschke übernimmt und sagt, dass aller 2 Jahre die Abfall-/Entsorgungsentgelte überprüft werden. Wir sind genauso abhängig von wirtschaftlichen Bedingungen, Kostenschwankungen und Inflation. Vor 2 Jahren war es, auf Grund des Ukrainekrieges, sehr schwierig. Dieses Jahr planen wir eine Nullrunde. Wir konnten die Verbrennung sehr, sehr gut abschließen, auch das die Abfallmengen aus Bitterfeld direkt angeliefert werden können macht sich bemerkbar. Des Weiteren ist die Deponieausschreibung nicht ganz so hoch ausgefallen. Hier möchte sie nicht vorgreifen, da die Baumaßnahme noch nicht abgeschlossen ist. Diese geht bis Ende des nächsten Jahres. Die Dieselpreise haben sich erholt. Sie übergibt an **Frau Mühlberg**, Bansbach Econu.

Die Präsentation befindet sich im Anhang.

Der **Vorsitzende** bedankt sich recht herzlich und lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Beschlussvorlage ist mit 7 Ja-Stimmen einstimmig vorberaten.

18:39 Uhr verlassen Frau Pletschke und Frau Mühlberg die Sitzung

<u>Punkt 9.</u> Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Tischmeier möchte wissen, ob es bereits einen Termin für die Freigabe der Zerbster Friedensallee gibt?

Wie weit ist der zweite Bauabschnitt der Kreisstraße Güterglück Richtung Trebnitz? Gibt es Neuigkeiten zur Erneuerung des Schulhofes der Zerbster Ciervisti-Schule?

Zur Zerbster Friedensallee kann **Herr Audörsch** nichts sagen. Diese Antwort reicht er nach. Zum Bauabschnitt Güterglück Zerbst gab es zufälligerweise eine Presseanfrage welche wir heute beantwortet haben.

Nach Mitteilung der Firma wird diese in zweieinhalb Wochen fertig sein.

Bezüglich des Schulhofes der Zerbster Ciervisti Schule sagt **Frau Moritz**, dass hier noch Vorbereitungen laufen.

Herr Maaß erkundigt sich erneut nach dem Stand zur B6n.

Gibt es neue Erkenntnisse und wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?

Herr Audörsch möchte im nicht öffentlichen Teil darauf antworten.

Herr Wolkenhaar sagt, dass in Sandersdorf-Brehna ein Repowering Vorhaben vorgestellt wurde.

Wir haben hier einen massiven Zubau von Leistungen und Anlagen. Ihnen wurde gesagt, dass sie als Stadt nichts machen könnten, denn der Landkreis muss, da es sich um Gesetze handelt, dem wohlwollend gegenüberstehen.

Wie können wir den Zubau begrenzen? Welche Möglichkeiten sieht der Landkreis um Einhalt zu gewähren?

In Brehna ist Industrie welche in diesem Jahr bereits 2-3 Abschaltungen hatten, da die Schwankungen im Netz nicht ausgeglichen werden konnten. Die großen Verbraucher wurden weggeschalten und hatten dadurch einen großen finanziellen Schaden, der auch nicht ersetzt wurde.

Was müssen wir uns noch weiter gefallen gelassen, wenn die Zufallsenergie erzeugt wird? Welche Möglichkeiten haben wir um das Maß zu beschränken?

Herr Grabner antwortet, dass es hier keine zufriedenstellende Antwort für Herrn Wolkenhaar geben wird. Das Areal befindet sich im Vorzugsgebiet Wind.

Solange es nicht mehr Anlagen werden, sondern weniger Anlagen mit mehr Leistung, haben wir keine Handhabe dies abzulehnen.

Herr Wolkenhaar sagt, wie er aus der Stellungnahme des Ortschaftsrates Renneritz mitbekommen hat, sollen die bestehenden 12 Anlagen durch 13 Anlagen ersetzt werden. Wenn nicht nur die Leistung, sondern auch die Anzahl erhöht wird könnte man sagen, dass dies nicht befürwortet wird?

Es quantifiziert sich letzten Endes selber, so der **Herr Landrat**, indem Abstandsflächen eingehalten werden müssen, damit das Areal für Wind nicht überschritten wird.

Es müsste im Flächenplan Wind 2018 mit Bestandteil haben. Es gibt kein Verfahren das darüberhinausgehend Windanlagen errichtet werden sollen. Von daher müssen die Windkraftanlagen in diesem Areal auch errichtet werden.

Er bezweifelt das es mehr werden, wenn die Abstandsflächen, aufgrund der Höhe und Windkraftanlagen, größer werden.

Frau Danneberg fügt hinzu, wenn es ein Eignungsgebiet ist, ist es schwierig eine Windkraftanlage zu verhindern. Außer, es ergeben sich im Nachhinein gravierende Belange die dem entgegenstehen.

Es sind viele Windenergieanlagen errichtet worden in Nichtvorranggebieten stellt der **Herr Vorsitzende** fest.

Ist es prinzipiell möglich, Anlagen, die nicht im Vorranggebiet stehen, zu versagen?

18:49 Uhr Herr Dr. Försterling erscheint zur Sitzung

Diese Frage kann **Frau Danneberg** nicht beantworten.

Die Rechtsprechung bzw. die gesetzliche Regelung dazu haben sich geändert. Das Ziel der Repowering war, dass die Windkraftanlagen, die außerhalb der Eignungsgebiete stehen, abgebaut werden und neue mit höheren Leistungen in den Eignungsgebieten zu errichten. Sie antwortet schriftlich und wird an das Protokoll gefügt.

Herr Wallwitz hat eine Frage zur Ausschreibung zum Objekt Fischmarkt in Zerbst. Dort steht: Finanzierungsangebot eines anerkannten Geldinstitutes. Gab es das bei der ersten Ausschreibung nicht?

Die zweite Frage bezieht sich auf die behindertengerechte Kreisverwaltung in Zerbst. Wie sieht die Struktur in der Zukunft aus?

Dritte Frage ist: Wie beschäftigen wir uns im Ausschuss mit dem Sondervermögen? Können wir Vorschläge unterbreiten oder kann das nur die Verwaltung?

Herr Grabner antwortet.

Die erste Frage beantwortet er im nicht öffentlichen Teil.

Antwort zur Frage 2 und 3: Momentan ist das Bürgerbüro in der Fritz-Brandt-Straße barrierefrei zu erreichen.

Für Bürger mit Beeinträchtigungen, welche nicht in höhere Etagen gelangen, ist ein Büro im Erdgeschoss eingerichtet und die Anliegen werden dort vor Ort bearbeitet.

Es ist geplant die Verwaltungsstelle in der Fritz-Brandt-Straße mit dem Sondervermögen zu ertüchtigen. Darüber hinaus werden die Verkaufserlöse aus dem Fischmarkt 1:1 in die Sanierung der Fritz-Brandt-Straße investiert. Das hat sich jetzt erstmal zerschlagen. Es ist ge-

plant, dass Sondervermögen zu splitten um schnelle und kleine Maßnahmen auf den Weg bringen.

Parallel dazu als zweite Variante nachhaltige Projekte initiieren, bei denen wir gegebenenfalls das Sondervermögen zu möglichen Fördermitteln nutzen. Wir sind dabei mögliche Projekte aufzustellen und mit einer Kostenschätzung zu hinterlegen um im nächsten Ausschuss darüber zu diskutieren.

Wir wollen den Fokus wieder zum Teil auf die Schulen legen.

Eine Schule wird als Pilotschule so ausgestattet, dass dann alle anderen Schulen sukzessive mit Mobiliar danach ausgestattet werden.

Das zum Beispiel ein Rahmenvertrag auf den Weg gebracht wird um gegebenenfalls bei Bedarfen für die nächsten 3, 4, 5 Jahre schneller reagieren zu können.

Es wird geprüft, welche Schule sich dafür gut eignet, denn es sollte keine ganz große Schule sein, aber auch nicht die kleinste Schule um ein Exempel zu statuieren.

Auch in der Verwaltungsstruktur wird geschaut wo Bedarf ist, insbesondere in der Digitalisierung. Zum Beispiel Umstellung der Telefonie oder Einrichtung einer entsprechenden Anlage im Sitzungssaal.

Wir sind in der Planung und so sind die knapp 50 Millionen Euro schnell aufgebraucht.

gez. Olenicak Vorsitzender des Ausschusses Bau, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt Protokollantin und Landwirtschaft

gez. Petratschek